

Konferenz aber einmal in Zukunft "nötig" - dann nämlich, wenn Vietnam wirklich "ernsthafte Rückschläge" erlitten habe, vor allem in Kampuchea (SWB, 25.5.79).

Waldheim reiste am 2. Mai nach Nordkorea weiter. Insgesamt standen zehn asiatische Länder auf seinem Reiseplan.

- we -

(23) Neue IOC-Probleme

Nach der Tagung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) am 5. April 1979 in Montevideo schien es eine Zeitlang so, als könne China künftig in der Internationalen Olympischen Bewegung durch zwei Nationale Komitees vertreten sein (Näheres dazu C.a., April 1979, Ü 18).

Am 15. Mai jedoch gab Peking einen Kompromißplan bekannt, der von dem IOC-Beschluß abweicht, gleichzeitig aber die Teilnahme von Sportlern aus der Volksrepublik und aus Taiwan an den nächsten Olympischen Spielen 1980 in Lake Placid und Moskau sicherstellen soll. Für den Fall einer Ablehnung dieses Kompromißvorschlages drohte Peking gleichzeitig den USA und der Sowjetunion unverhüllt mit "politischen Konsequenzen". Die vom Generalsekretär des Gesamtchinesischen Sportbundes, Song Zhong, am 15. Mai vor westlichen Journalisten in Peking bekanntgegebene Kompromißformel sieht vor, daß Peking die alleinige Vertretung Chinas in der Olympischen Bewegung innezuhaben wünsche, daß Taiwan aber seine Mitgliedschaft im IOC bis auf weiteres unter dem Namen "Chinesisch-Taiwanesisches Olympisches Komitee" beibehalten könne. Doch dürften weder der Name "Republik China" noch deren Flagge oder aber Hymne verwendet werden. Selbstverständlich sei es Sportlern und Funktionären aus Taiwan unbenommen, sich der Mannschaft der Volksrepublik anzuschließen.

Falls der Vorschlag abgelehnt werden sollte, würden die USA als Gastgeber der Winterspiele und Moskau als Ausrichter der Sommerspiele mit Schwierigkeiten zu rechnen haben.

Der Beschluß von Montevideo stelle die beiden NOKs auf die gleiche Stufe - ein für Peking unannehmbare Akt! Song erklärte, der von Peking vorgelegte Kompromiß möge auf einer außerordentlichen Sitzung des IOC oder auf dem Wege der brieflichen Abstimmung behandelt werden (AP-Bericht aus Peking in SZ, 16.5.79).

Das Taiwan-Problem tauchte auch im Rahmen der International Amateur Athletic Federation (IAAF) auf, und zwar bei der Sitzung des Ausschusses dieser Disziplin am 5. Oktober 1978 in Puerto Rico. Die IAAF hatte beschlossen, die Vertretung der VR China als einzigen Repräsentanten Chinas anzuerkennen und der Vertretung Taiwans das entsprechende Recht abzuerkennen. Dagegen legte die Taiwan-Repräsentanz Rechtsmittel ein, und zwar vor dem High Court of Justice in London (XNA, 14.5.79). Die Entscheidung des Gerichtshofs wird wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Anläßlich des 43. Kongresses der Vereinigung der Internationalen Sportpresse, die am 27. Mai in Moskau zuende ging, wurde u.a. auch die "Sportpresse-Vereinigung" (sic!) Chinas in den Bund aufgenommen (XNA, 28.5.79).

- we -

INNENPOLITIK

(24) 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses und die Arbeitskonferenz des ZKs der KPCh im April

Die 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses wird am 18. Juni 1979 in Peking eröffnet werden. Auf der Tagesordnung werden u.a. die Verabschiedung eines Strafgesetzes, einer Strafprozessordnung, eines Gesetzes über gemeinsame chinesisch-ausländische Aktiengesellschaften auf chinesischem Territorium, eines Verwaltungsrechts (in dem die kulturevolutionären Revolutionskomitees keinen Platz mehr haben werden), eines Wahlgesetzes und zwei anderer Gesetzentwürfe stehen (XNA, 12.6.79; DGB, 8.6.79; Dongxiang, Nr.8 (16.5.79), S.7). Darüber hinaus wird die Tagung eine Revision des auf der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im Februar letzten Jahres verabschiedeten 10-Jahres-Wirtschaftsplanes beschließen und den Wirtschaftsplan für 1979 und 1980 verabschieden (Wenhui Bao, 17.3.79, nach: Zhanwang, Nr.413 (16.4.79), S.4; DGB, 17.5.79; vgl. DGB 10.5.79).

Schließlich dürften die Delegierten des V. Nationalen Volkskongresses auf ihrer 2. Tagung einige bedeutsame Personalentscheidungen fällen (Dongxiang, Nr.8 (16.5.79), S.7: So wird der auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 in den Ständigen Ausschuß des Politbüros berufene Wirtschaftsexperte und Deng Xiaoping-Mann Chen Yun wahrscheinlich zum stellvertretenden Ministerpräsidenten gewählt werden, während die beiden Mitglieder der maoistischen Restfraktion im Politbüro, der Modellbauer aus Dazhai, Chen Yonggui, und der kulturevolutionäre Karrierist Ji Dengkui, dieses Amt im für sie ungünstigsten Fall verlieren werden. Nicht mehr gefährdet scheint hingegen die Position des Politbüromitglieds, stellvertretenden Ministerpräsidenten und Kommandeurs des Militärbezirks Peking, Chen Xilian, zu sein, der bislang zu den maoistischen Dogmatikern um Wang Dongxing gezählt wurde: In einem Leitartikel und einem Bericht der Jiefangjun Bao (Zeitung der Volksbefreiungsarmee) vom 30.4.79 über eine Theorie-Studienkonferenz von über 100 Politikadern der Pekinger Truppen, die die Renmin Ribao am 3.5.79 nachdruckte, wurde besonders hervorgehoben, daß Chen Xilian als Kommandeur der Pekinger Armeeeinheiten mehrfach den Vorträgen und Berichten auf dieser Theorie-Konferenz beigewohnt und dabei Anleitungen gegeben habe. Dies ist deshalb von großer politischer Bedeutung, insofern diese Konferenz mit einem eindeutigen Bekenntnis zum politischen Kurs der Deng Xiaoping-Fraktion endete. Hauptthema der Konferenz soll die Rede Deng Xiaopings auf der Theoriekonferenz des Zentralkomitees Ende März diesen Jahres gewesen sein (Dongxiang, Nr.8 (16.5.79), S.45), auf der Deng die "Vier grundlegenden Prinzipien" ("am sozialistischen Weg festhalten, an der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas festhalten, an der Diktatur des Proletariats festhalten und am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen festhalten") verkündet und links- und rechtsabweichlerische Tendenzen in und außerhalb der Kommunistischen Partei Chinas angegriffen hatte (Dongxiang, Nr.8 (16.5.79), S.5). In Gefahr könnte hingegen der kürzlich abgelöste Bürgermeister von Peking, Wu De, kommen, der für die Niederschlagung des jetzt als "revolutionär" geltenden Tienmen-Zwischenfalls im April 1976 mitverantwortlich

war: Er könnte im für ihn ungünstigsten Fall seinen Posten als stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses verlieren und damit seinen Posten freimachen für den in der Kulturrevolution gestürzten langjährigen Bürgermeister und ersten Parteisekretär Pekings, Peng Zhen, der erst im Januar rehabilitiert und im Februar auf der 6. Sitzung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses zum Vorsitzenden der Kommission für Rechtsfragen beim Ständigen Ausschuss des V. Nationalen Volkskongresses (Di wu jie quanguo renmin daibiao dahui changwu weiyuanhui fazhi weiyuanhui) gewählt worden war. Die erste Voraussetzung für eine Wahl des 70jährigen Peng Zhen zum stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses wurde am 13.5.79 geschaffen, als die Delegierten des Volkskongresses der Stadt Peking Peng Zhen zum Abgeordneten Pekings im 5. NVK wählten. Ebenfalls in den Nationalen Volkskongreß nachgewählt wurden aus Peking u.a. der in der Kulturrevolution gestürzte Wirtschaftsfachmann und frühere stellvertretende Ministerpräsident Bo Yibo und der ebenfalls in der Kulturrevolution gestürzte Fachmann für Organisations- und Personalfragen und frühere Direktor der Organisationsabteilung des Zentralkomitees, An Ziwen, der gegenwärtig stellvertretender Parteisekretär und Vizepräsident der Parteischule des Zentralkomitees ist. Beiden altgedienten Politikern dürften vom NVK neue Aufgaben zugewiesen werden: An Ziwen könnte mit der Bewältigung der gegenwärtigen enormen Beschäftigungsprobleme betraut werden, während Bo Yibo aufgrund seiner überragenden volkswirtschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen sogar seine frühere Position als stellvertretender Ministerpräsident einnehmen könnte.

Die Personalentscheidungen auf der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses werden auf jeden Fall weiteren Aufschluß geben über das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen den beiden Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas, d.h. zwischen den "Realisten" um Deng Xiaoping und den "maoistischen Dogmatikern" um Wang Dongxing. Nach der von der Deng-Fraktion auf der 3. Plenartagung im letzten Dezember eingeschlagenen Taktik zu urteilen, dergemäß die Linken entscheidende Posten verloren, ihren Sitz im Politbüro jedoch behielten, ist letztlich nicht damit zu rechnen, daß Anhänger der maoistischen Restfraktion ihre Posten als stellvertretende Ministerpräsidenten bzw. stellvertretender Vorsitzender des NVK verlieren werden - wie sehr sie auch im Mai in den Massenmedien ohne Namensnennung angegriffen wurden, und wie gering ihre gegenwärtige politische Macht auch ist. Ein Indiz für ein formales politisches Überleben von Chen Yonggui, Ji Dengkui und Wu De ist ihr geschlossener öffentlicher Auftritt bei den Veranstaltungen zum 1. Mai, anlässlich des 60. Jahrestages der 4. Mai-Bewegung und bei Empfängen von Minderheiten- und Jugenddelegationen (XNA, 2.5.79 und 4.5.79; Xinhua (chin.), 11.5.79, nach: SWB, 19.5.79). Für Chen Yonggui, den Edelbauern aus der einstigen chinesischen Musterbrigade Dazhai waren dies die ersten öffentlichen Auftritte seit dem 25. Dezember 1978 - der in Wandzeitungen in Peking und in seinem Heimatkreis heftig kritisierte Chen soll das Frühjahr mit seiner politischen Umerziehung in der Parteischule des Zentralkomitees verbracht haben (AFP, 15.2.79, nach: SWB, 20.2.79; s. auch AFP, 12.3.79, nach SWB, 15.3.79, und FEER, 27.4.79, S.14). So wird sich die Deng-Fraktion wahrscheinlich mit der Nach-

wahl von zusätzlichen stellvertretenden Ministerpräsidenten und stellvertretenden Vorsitzenden des NVK ihrer politischen Couleur, wie z.B. Chen Yun und Peng Zhen, bescheiden, womit sie schon allein den kümmerlichen Rest von Mao-Getreuen im NVK politisch an die Wand drücken kann.

Die 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses war zunächst von einer mehr als 20 Tage dauernden Arbeitskonferenz des Zentralkomitees im April vorbereitet worden (s. auch C.a., April 1979, Ü 19). Hauptthema der Arbeitstagung war die Revision des 10jährigen Wirtschaftsplans, den Hua Guofeng in seiner Rede auf der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses am 26. Februar 1978 in seinen Grundzügen vorgetragen hatte. Die Revision dieses 10-Jahresplans von 1976 bis 1985 war notwendig geworden, nachdem erhebliche Disproportionen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen aufgetreten waren und sich herausgestellt hatte, daß viele Planziffern zu hoch angesetzt worden waren. Vor diesem Hintergrund beschloß die Arbeitstagung: 1. Die Verlagerung der Investitionsschwerpunkte von der Schwerindustrie auf die Landwirtschaft und die Leichtindustrie, 2. die Zurückstellung einer großen Anzahl von Investbauprojekten und 3. die Herabsetzung zu hoch angesetzter Planziffern, wie z.B. der für die Stahlproduktion. Darüber hinaus beschloß die Arbeitstagung des Zentralkomitees, diese Neuordnung bzw. Neugewichtung des Wirtschaftsaufbaus innerhalb von drei Jahren abzuschließen und innerhalb dieses Zeitraums eine Änderung des Wirtschaftssystems nach dem ungarischen Muster der Kombination von Plan und Markt durchzusetzen (Dongxiang, Nr.8 (16.5.79), S.5-6; Zhengming, Nr.19 (1.5.79), S.5-6; Zhengming, Nr.20 (1.6.79), S.6).

Schließlich war die Arbeitskonferenz des Zentralkomitees im April diese Jahres, auf der die politischen und ökonomischen Beschlüsse der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im Juni vorgezeichnet wurden, nach der 3. Plenartagung des ZKs im Dezember letzten Jahres erneut Ort von politischen Auseinandersetzungen zwischen der Deng-Xiaoping-Fraktion und der dogmatisch maoistischen Opposition um das Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Wang Dongxing. Dabei trug die Wang-Fraktion, die an Maos Erbe wortgetreu festhalten will ("Alle politischen Entscheidungen des Vorsitzenden Mao verteidigen wir entschlossen, alle Weisungen des Vorsitzenden Mao befolgen wir von A bis Z, ohne davon abzuweichen." In: Hongqi, 1977/Nr.3, S.18) offensichtlich erneut u.a. ihren Vorwurf an die Deng-Gruppe vor, daß deren ideologische Zauberformel "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen" bzw. "Die Praxis ist das einzige Kriterium für die Überprüfung der Wahrheit" auf eine Negation des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen hinauslaufe und daher bestimmte Beschlüsse der 3. Plenartagung zurückgenommen werden müßten (Dongxiang, Nr.8 (16.5.79), S.7; Zhengming, Nr.20 (1.6.79), S.5,8). Daß es den "Realisten" der Deng-Fraktion erneut gelang, sich gegen die "maoistischen Dogmatiker" durchzusetzen, wurde offenkundig anhand zahlreicher Artikel in den chinesischen Massenmedien im Mai dieses Jahres, die die ideologisch-politischen Positionen der Wang-Fraktion einer scharfen Kritik unterzogen (siehe u.a. den Leitartikel eines "Sonderkommentators" der Guangming Ribao, der nicht nur von der Guangming Ribao, sondern auch von der Renmin Ribao und der Jiefangjun Bao am 11.5.79 abgedruckt wurde, sowie die Rede des Vizepräsidenten der Chinesischen Akademie der

Sozialwissenschaften, Zhou Yang, auf dem von der Akademie einberufenen wissenschaftlichen Forum zum Gedenken des 60. Jahrestages der 4.-Mai-Bewegung, in: RMRB, 7.5.79).

- sch -

(25) Deng Xiaopings "Realisten" blasen zum Angriff auf Wang Dongxings "maoistische Dogmatiker"

Nach Beendigung der Arbeitstagung des Zentralkomitees Ende April, die die 2. Tagung des V. NVK vorbereitete, begannen sich in den chinesischen Massenmedien Artikel zu häufen, die zwei "falschen" ideologischen Strömungen den Kampf ansagten: Zum einen handele es sich um eine "rechtsabweichlerische", die das sozialistische System an sich von einem bürgerlichen Standpunkt aus negiere, und zum anderen um eine "linksabweichlerische" ideologische Strömung, die mehr oder weniger die politischen Vorstellungen der "Viererbände" vertrete, marxistisch-leninistischen und maoistischen Dogmen verfallen sei und den neuen politischen Kurs insbesondere seit der 3. Plenartagung im Dezember letzten Jahres negiere (siehe z.B. die Rede Zhou Yangs zum 40. Jahrestag der 4.-Mai-Bewegung in: RMRB, 7.5.79 und den Leitartikel der Guangming Ribao vom 11.5.79; vgl. Radio Jilin, 23. und 24.5.79, nach: SWB, 1.6.79). Dabei lag der Kritikschwerpunkt eindeutig auf jener "linksabweichlerischen" dogmatisch-maoistischen ideologischen Strömung, die von einer maoistischen Opposition in und außerhalb der Partei verkörpert wird. An prominentester Stelle gehört hierzu das Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Wang Dongxing, früher Kommandeur der Mao-Leibgarde und Eliteeinheit 8341. In den Massenmedien angegriffen wurde vor allem das Leitmotiv dieser Gruppe maoistischer Dogmatiker, das diese bereits im Februar 1977 in dem Organ des Zentralkomitees der KPCh, der Hongqi (Rote Fahne) verkündet hatten, um eine Rehabilitierung von Deng Xiaoping zu verhindern (Zhengming, Nr.20 (1.6.79), S.30): "Alle politischen Entscheidungen des Vorsitzenden Mao verteidigen wir entschlossen, alle Weisungen des Vorsitzenden Mao befolgen wir von A bis Z, ohne davon abzuweichen." So kritisierte der Vizepräsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, Zhou Yang, die maoistische Wang-Fraktion und ihre Anhänger auf dem wissenschaftlichen Forum zum Gedenken des 60. Jahrestages der 4.-Mai-Bewegung u.a. mit folgenden Worten: "Wie die 'linken' Dogmatiker seinerzeit sehen sie einzelne Worte aus den marxistisch-leninistischen Werken und aus den Werken des Vorsitzenden Mao als unantastbare Glaubenssätze an. Sie treten gegen die Befreiung des Denkens und gegen die Beseitigung des Aberglaubens auf und betrachten die neuen Richtlinien und die neue Politik, die unsere Partei entsprechend den neuen Verhältnissen schöpferisch ausgearbeitet hat, als ketzerisch oder als Abkehr vom Marxismus-Leninismus und von den Mao-Zedong-Ideen. Diese falsche 'linke' Tendenz ist eng verknüpft mit dem Einfluß der ultralinken Linie von Lin Biao und der 'Viererbände'. Sie ist ein großer Hemmschuh für die Befreiung des Denkens und das hauptsächlichste Hindernis für die sozialistische Modernisierung." (RMRB, 7.5.79) Der Kommandeur der Armeeeinheiten von Shenyang, Li Desheng, warf den maoistischen Dogmatikern sogar vor, das Zentralkomitee der Partei spalten zu wollen (nach: DGB

29.5.79). Der Parteivorsitzende Hua Guofeng schloß sich ebenfalls - allerdings mit etwas mildereren Worten - der Kritikoffensive der Deng-Kräfte an - zum 60. Jahrestag der 4.-Mai-Bewegung führte er u.a. aus: "Bei der sozialistischen Modernisierung werden wir sicher vor neuen Situationen und Problemen stehen. Wenn wir dabei von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen abweichen, werden wir die richtige Orientierung verlieren und auf den falschen Weg geraten; sehen wir jedoch im Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen lediglich starre Dogmen, werden wir die Probleme ebenfalls nicht lösen können und gleichfalls auf den falschen Weg geraten." (RMRB, 4.5.79)

- sch -

(26) Hintergründe der Wiedereröffnung des Mao-Mausoleums

Am Vorabend des 60. Jahrestages der 4. Mai-Bewegung ist das gewaltige Mao-Mausoleum auf dem Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens (Tiananmen guangchang) in Peking nach viermonatiger Schließung wieder geöffnet worden. Erste Besucher des Mausoleums nach seiner Wiedereröffnung am 3.5.1979 waren am gleichen Tag der frühere kambodschanische Staatschef Prinz Norodom Sihanouk und seine Frau, Prinzessin Monique, sowie der ehemalige Premierminister Kambodschas, Penn Nouth, und dessen Gattin, die zur Zeit im Pekingener Exil leben. Ebenso wie der malaysische Ministerpräsident Datuk Hussein Bin Onn und dessen Frau, die das Mausoleum am gleichen Tag besuchten, erwiesen sie den in einem Kristallsarg aufbewahrten sterblichen Überresten des früheren Parteivorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas ihre Reverenz und legten Kränze nieder. Nach der Wiedereröffnung gehörten auch chinesische Delegationen zu den Besuchern des Mao-Mausoleums, darunter vor allem Abordnungen der nationalen Minderheiten. Auch die über 460 Teilnehmer an der 1. Tagung des V. Komitees des Nationalen Jugendverbands Chinas und die 392 Delegierten des 19. Kongresses des Nationalen Studentenverbands Chinas erwiesen der sterblichen Hülle des in letzter Zeit posthum arg gebeutelten Mao ihre Reverenz (XNA, 3.5.79; SZ, 4.5.79; Le Monde, 5.5.79; Beijing Ribao, 10.5.79).

Die "Gedenkhalle für den Vorsitzenden Mao" (Mao zhuxi jiniantang) war zwei Tage vor Maos 85. Geburtstag (26.12.) geschlossen worden, kurz nachdem die 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh im Dezember 1978 eine Relativierung der Verdienste Maos und der Allgemeingültigkeit des theoretischen Systems der "Mao-Zedong-Ideen" vorgenommen hatte (IHT, 8.1.79). In der entsprechenden Passage des Kommuniqués der 3. Plenartagung vom 22.12.1978 heißt es: "Die großen Verdienste, die sich Genosse Mao Zedong in den langjährigen revolutionären Kämpfen erworben hat, sind unauslöschlich. Ohne seine hervorragende Führung, ohne die Mao-Zedong-Ideen, hätte die chinesische Revolution höchstwahrscheinlich bis heute noch nicht gesiegt... Genosse Mao war ein großer Marxist... Von einem revolutionären Führer zu verlangen, frei von Mängeln und Fehlern zu sein, ist nicht marxistisch (sic!) und entspricht auch nicht der Beurteilung, die Genosse Mao Zedong immer von sich selbst gab. Es ist die erhabene Aufgabe des Zentralkomitees der Partei auf theoretischem Gebiet, die ganze Partei und das ganze Volk zu führen und zu

erziehen, historisch und wissenschaftlich die großen Verdienste des Genossen Mao Zedong anzuerkennen, das wissenschaftliche System der Mao-Zedong-Ideen vollständig und korrekt zu beherrschen, die allgemein gültigen Grundsätze des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen mit der konkreten Praxis der sozialistischen Modernisierung zu verbinden (sic!) und sie unter den neuen historischen Bedingungen weiterzuentwickeln (sic!)." (PRu 1978, Nr.52, 31.12.78, S.16)

Der Schließung des Mao-Mausoleums ebenfalls vorausgegangen waren geharnischte Kritiken an dem insbesondere während der Kulturrevolution vergötterten früheren Parteivorsitzenden auf Wandzeitungen an der "Mauer der Demokratie" in Peking. Mao wurde u.a. vorgeworfen, nicht nur die Absetzung Deng Xiaopings nach dem Tienanmen-Zwischenfall im April 1976, sondern auch die Niederschlagung des Tienanmen-Zwischenfalls selbst (vgl. C.a., Dezember 1977, S.945, Anm.8) befürwortet zu haben (FAZ, 24.10.78 und 21.11.78; vgl. Zhanwang, Nr.410, 1.3.79, S.31). An die Adresse des "angeberischen Despoten" Mao und seines Nachfolgers Hua ging der wenig dezente Hinweis: "Nur der Stärke des Volkes ist es zu verdanken, daß wir einen 'großen Steuermann' (Mao) oder einen 'weisen Führer' (Hua) haben. Beide allein hätten nicht Geschichte gemacht. Deshalb können wir sagen: Ohne das neue chinesische Volk hätten wir jetzt kein neues China. Das klingt anders als der Spruch 'Ohne den Vorsitzenden Mao hätten wir jetzt kein neues China'... Es hat keinen Sinn, Mao nach bestimmten Prozentsätzen zu beurteilen. (Mao selbst hatte einmal über die Taten Stalins gesagt, siebzig Prozent davon seien gut und nur dreißig Prozent schlecht.) Als der Vorsitzende Mao so über Stalin sprach, wollte er sich nur für zukünftige Zeiten ein Alibi schaffen" (Die Welt, 21.12.78). Schließlich wurde sogar auf den Wandzeitungen, die um die Jahreswende 1978/79 erschienen, gefordert, den einbalsamierten Leichnam Maos aus dem Mausoleum zu entfernen, da die öffentliche Zurschaustellung seiner sterblichen Überreste "feudalistische Vergötterung" sei - das Mausoleum solle stattdessen zu einer schlichten Gedenkhalle umgewandelt werden (Die Welt, 8.1.79; IHT, 8.1.79).

Offiziell war die Schließung des erst am 9. September 1977, dem ersten Todestag Maos, eingeweihten Mausoleums mit notwendigen "Reparaturarbeiten" begründet worden. Die einzigen "Reparaturarbeiten", die in den vier Monaten, während der die Gedenkhalle geschlossen war, offensichtlich durchgeführt wurden, bestanden darin, daß Arbeiter am Vorabend des dritten Todestages von Zhou Enlai, d.h. am 7.1.79, über den beiden Eingängen des Mausoleums Gerüste errichteten und eine der beiden großen Marmorplatten mit der von Hua Guofeng kalligraphierten Aufschrift "Gedächtnishalle für den Vorsitzenden Mao" entfernten (IHT, 8.1.79, 9.1.79, 5.5.79). Dargestaltete "Reparaturen" an dem nagelneuen Mao-Mausoleum, die offizielle Relativierung Maos und die höchst kritische Begleitmusik auf den inoffiziellen Wandzeitungen führten zu Spekulationen, daß das Mausoleum in eine Gedenkhalle für mehrere herausragende kommunistische Führer Chinas umgewandelt werde (IHT, 5.5.79). Genährt wurden diese Annahmen durch einen Leitartikel der Renmin Ribao vom 5.3.1979, in dem es u.a. hieß, daß "das Zentralkomitee gegenwärtig nach einem geeigneten Entwurf für die Errichtung einer Gedenkhalle für den Genossen Zhou Enlai und andere Revolutionäre der älteren Generation, die in der Parteigeschichte entscheidend

zur chinesischen Revolution beigetragen haben, sucht". Aus diesem Leitartikel konnte ferner die Auffassung der Parteiführung abgelesen werden, daß es nicht im Sinne Zhou Enlais wäre, neben der bereits existierenden Mao-Gedenkhalle eine weitere für Zhou und andere KP-Führer neu zu bauen, und daß es innerhalb der chinesischen Führung Erwägungen gab, die Mao-Gedenkhalle in eine Gedenkstätte für Mao, Zhou und andere herausragende KP-Führer umzubauen. Die oben beschriebenen Begleitumstände der Schließung der "Gedenkhalle für den Vorsitzenden Mao" widersprachen schon allein den in Pekinger Ausländerkreisen geäußerten Spekulationen, das Mao-Mausoleum sei geschlossen worden, weil die dort in einem Kristallsarg ausgestellten mumifizierten sterblichen Überreste Maos zunehmend verfielen und neuerliche Eingriffe der Präparatoren notwendig machten (s. u.a. IHT, 8.1.79) - eine Annahme, die auch deshalb nicht ganz stimmig erscheint, da die Mao-Leiche schon bei der offiziellen Eröffnung des Mausoleums nicht gerade den besten kosmetischen Eindruck hinterließ.

Darüber hinaus häufte sich in den Monaten Februar und März d.J. nun auch in der offiziellen Presse eine mehr oder weniger unverhüllte Kritik an Mao und den von ihm vertretenen politischen und philosophischen Theorien, während dem früheren Ministerpräsidenten Zhou Enlai nur Lobeshymnen gewidmet wurden. So veröffentlichte die Guangming Ribao am 11.3.1979 den Kommentar eines "Sonderkommentators", der den Personenkult um Mao in den letzten mehr als zehn Jahren scharf verurteilte und als Vergleich den Stalin-Kult heranzog - Lenin wurde dagegen als überaus bescheidener Parteiführer hervorgehoben, der sich immer gegen die Unterdrückung der Demokratie innerhalb der Partei ausgesprochen habe. "Eine tiefgreifende Lehre der Kommunistischen Bewegung" zusammenfassend, führte der Kommentator in offensichtlicher Anspielung auf Stalin und Mao aus: "Die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats lehren uns, daß eine einen Einzelnen über alles andere stellende Propaganda, die maßlose Übertreibung der Rolle eines Einzelnen und die Fabrizierung eines Aberglaubens gegenüber einem Einzelnen... dazu führen, daß gewisse Führer sich der Kontrolle durch das Parteikomitee und die Massen der Parteimitglieder entziehen und zu besonderen Persönlichkeiten geraten, die sich bewußt oder unbewußt über die Partei und den Staat stellen, ihre Autorität mißbrauchen, den demokratischen Zentralismus zerstören, gegen das Prinzip kollektiver Führung verstoßen und nach dem Motto verfahren 'Nur was ich sage, gilt' und 'Wer hier zählt und bestimmt, bin ich.'" Korrekturen an den einst von Mao aufgestellten politischen und philosophischen Theorien wurden u.a. wiederum von der Guangming Ribao vom 8.2.1979 und von der Gongren Ribao vom 22.2.1979 (nach: SWB, 8.3.79) vorgenommen. Den Höhepunkt der in der offiziellen Presse abgedruckten Mao-Kritik bildete ein Artikel des auf der 3. Plenartagung rehabilitierten früheren Propagandachefs der KP Chinas und Kultusministers Lu Dingyi, der am 8. März 1979 sowohl von der Renmin Ribao als auch von der Guangming Ribao abgedruckt wurde - ein Zeichen dafür, daß die von Lu darin vorgetragenen Ansichten auch in höchsten Parteikreisen geteilt wurden. In seinem Aufsatz, der dem Gedenken an Zhou Enlai gewidmet war, nahm Lu Dingyi einen totalen Verriß des von Mao initiierten "sogenannten 'Großen Sprungs nach vorn'" und der ebenfalls von Mao gestarteten "Kulturrevolution" "

vor: Der Große Sprung habe in einem wirtschaftlichen und sozialen Desaster geendet und die Kulturrevolution sei in Wirklichkeit eine "elf Jahre andauernde waschechte Konterrevolution" gewesen. Der Sturz des unlängst rehabilitierten Mao-Kritikers Peng Dehuais auf der sogenannten Lushan-Konferenz im Jahre 1959, der ebenfalls auf Maos Konto ging, sei - so Lu Dingyi - ebenfalls ein "linksabweichlerischer Fehler" gewesen. Nach den Ausführungen Lus hatte Mao Zedong also in seinen letzten achtzehn Lebens- und Herrscherjahren von 1958 bis 1976 eine "linksabweichlerische Linie" vertreten und durchgesetzt.

Mitte März 1979 war die Kritik an Mao in den offiziellen und inoffiziellen Medien so weit gediehen, daß eine namentliche Kritik an der Politik Maos seit 1957/58 kurz bevorzustehen schien. Darüber hinaus hatten sich auch die kommunistischen Hongkonger Zeitschriften, die der Deng-Xiaoping-Fraktion nahe stehen, im Frühjahr dieses Jahres auf Maos linksradikale Politik seit 1957 mit geharnischter Kritik eingeschossen (s. z.B. Zhengming, Nr.17 (1.3.79), Nr.18 (1.4.79); Qishi Niandai, 1979, Nr.4). Eine chinesische Quelle mit engen Verbindungen zur Parteiführung schließlich wurde in der International Herald Tribune vom 23.3.1979 mit der Bemerkung zitiert, innerhalb der KP Chinas werde ein direkter Angriff auf Mao und seine Politik der letzten Lebensjahre, insbesondere in Bezug auf Deng Xiaoping, "ernsthaft erwogen" (s. auch SZ, 23.3.79). Doch es blieb bei solchen Erwägungen, denn Ende März verkündete Deng Xiaoping in einer Rede die "Vier grundlegenden Prinzipien", von denen das letzte lautet: "Am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen festhalten" (Dongxiang, Nr.8, 16.5.79, S.5; s. auch C.a., April 1979, Ü 19). Ab Mitte März waren in den offiziellen Medien auch keine Mao-kritischen Artikel mehr zu lokalisieren, stattdessen aber wieder mehr Mao-Zitate und eindeutige Statements, die Maos historische Verdienste ("Ohne den Vorsitzenden Mao gäbe es kein neues China" u.ä.) priesen und ihn ausdrücklich gegen Angriffe verteidigten (s. u.a. Radio Schanghai, 25.3.79, nach: SWB, 30.3.79; Radio Hunan, 18.4.79, nach: SWB, 27.4.79; Radio Anhui, 29.4.79, nach: SWB, 3.5.79; Radio Jiangxi, 22.5.79, nach: SWB, 26.5.79). Zuvor hatte die Renmin Ribao bereits am 9.3.1979 festgestellt, daß man - im Gegensatz zu Behauptungen im Ausland - keine "Entmaoisierung" (feiMaohua) betreibe, sondern lediglich eine "Entmystifizierung" bzw. "Entgötterung" (feishenhua) Maos vornehme, indem man ihn von dem kulturrevolutionären Personenkult befreie, für den Lin Biao und die "Viererbande" verantwortlich seien. Dieses Thema wurde am 1.5.1979 von der Renmin Ribao in einem Artikel erneut aufgegriffen, in dem Lin Biao und der "Viererbande" vorgeworfen wurde, mit dem Personenkult um Mao eine neue Religion etabliert zu haben, die es nach wie vor zu zerstören gelte.

Schiene die "Vier grundlegenden Prinzipien", die Absetzung der verdeckten offiziellen Mao-Kritik und das offizielle "reappraisal" Maos zunächst eine Niederlage Deng Xiaopings gegen seine Widersacher im Politbüro um Wang Dongxing (die jegliche Mao-Kritik kategorisch ablehnen und den von Deng verfolgten Kurs als antimaoistisch und revisionistisch bekämpfen) anzuzeigen (s. z.B. IHT, 23.5.79), so ergibt eine differenzierte Betrachtungsweise ein anderes Bild. Zweifelsohne war Deng Xiaoping im Februar und vor allem im März erheblich unter Druck geraten, nachdem ihm die Unruhen von Jugendlichen in allen Landesteilen als direkte Folge der von ihm initiierten

demokratischen Bewegung von seinen maoistischen Gegnern angelastet wurden (Zhengming, Nr.20, 1.6.79, S.30). Die Wiederanlehnung an Mao, vor allem in Form des Festhaltens an den "Mao-Zedong-Ideen" (ein völlig schwammiger Begriff, der je nach politischer Interessenlage ausgelegt werden kann), war jedoch ein geschickter Schachzug der Deng-Xiaoping-Fraktion, um sich einer zweiten Attacke ihrer Gegner zu entziehen, die im Falle einer offiziellen Mao-Kritik den Deng-Leuten den öffentlichen Vorwurf hätten machen können, sie hätten sich an Mao und seinen Ideen vergangen und befänden sich auf dem besten Weg in den Revisionismus. Darüber hinaus konnte die Deng-Fraktion mit dem Rückgriff auf Mao ein erhebliches ideologisches Durcheinander, vor allem unter der einfachen Bevölkerung, vermeiden, das sicherlich von den Deng-Gegnern im oben ange deuteten Sinne ausgenutzt worden wäre. Nach einem zweieinhalbmonatigen Intermezzo mehr oder weniger unverhüllter Mao-Kritik griffen die "Realisten" (Deng: Die Wahrheit in den Tatsachen suchen) also wieder zu der Taktik zurück, die sie schon vor der 3. Plenartagung angewandt hatten und die auf diesem Plenum quasi beschlossen worden war: Auf der formalen Ebene das Lippenbekenntnis "Festhalten an den Mao-Zedong-Ideen" und keine offene Mao-Kritik und auf der inhaltlichen Ebene in der politischen Praxis Korrektur von Maos Fehlern und einigen seiner Beschlüsse und Auffassungen (Zhengming, Nr.19, 1.5.79, S.7). Diese Taktik der "Realisten" könnte man - dialektisch gewendet - auch als "abstrakte Position und konkrete Negation" der Person und Politik Mao Zedongs bezeichnen. Die Wiedereröffnung des Mao-Mausoleums am Vorabend des 60. Jahrestages der 4.-Mai-Bewegung trägt der Ende März neuerlich betonten Formwahrung, d.h. dem formellen Rückgriff auf Mao, Rechnung und bietet einen Schutz für die Deng-Fraktion gegen Anwürfe von seiten der "maoistischen Dogmatiker" um Wang Dongxing ("Alle politischen Entscheidungen des Vorsitzenden Mao verteidigen wir entschlossen, alle Weisungen des Vorsitzenden Mao befolgen wir von A bis Z, ohne davon abzuweichen." in: Hongqi, 1977, Nr.3, S.18), sie verstoße gegen das politische Erbe Mao Zedongs.

- sch -

(27) Kang Shengs sterbliche Überreste aus dem Peking Babaoshan-Friedhof für Revolutionäre entfernt

Die Urne mit der Asche Kang Shengs, einem engen Vertrauten Maos und der im Oktober 1976 gestürzten "Viererbande", ist - einer Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP aus Peking zufolge (nach: Le Monde, 31.5.79 und SWB, 1.6.79) - aus dem Peking Babaoshan-Friedhof für Revolutionäre entfernt worden. Damit hat die Demontage des früheren Geheimdienst- und Sicherheitschefs der Partei, der für unzählige Liquidierungen, Folterungen, Verhaftungen und falsche Anschuldigungen, insbesondere während der Kulturrevolution, verantwortlich gewesen sein soll, einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Der am 16. Dezember 1975 verstorbene enge Mitarbeiter von Jiang Qing, Chen Boda und Lin Biao stand bereits seit Wochen in den chinesischen Massenmedien - allerdings ohne Namensnennung - unter Beschuß. Als "Berater und theoretische Autorität der Gruppe Kulturrevolution beim Zentralkomitee", eine Position, die Kang Sheng im Sommer 1966 eingenom-

men hatte, habe er gemeinsame Sache mit der "Viererbande" getrieben, Mao Zedong mehrmals betrogen und sich unzähliger Verbrechen, wie z.B. der Verfolgung, Folterung und Liquidierung altgedienter Funktionäre, schuldig gemacht (s. u.a. XNA, 1.3.79; Radio Jilin, nach: SWB, 10.3.79; AFP, Peking, 29.5.79, nach: SWB, 1.6.79). Eine Mitte März in Peking erschienene Wandzeitung, die die Rehabilitierung des früheren Staatspräsidenten Liu Shaoqi forderte, beschuldigte Kang Sheng, den Sturz Liu Shaoqis herbeigeführt zu haben: Im Gegensatz zu Liu, der "ein Mensch, aber kein Übel" gewesen sei, habe Kang Sheng "ein Übel, aber keinen Menschen" dargestellt (dpa, 19.3.79). Auf einer Karikatur an der "Mauer der Demokratie" in Peking wurde Kang gar als Nazi dargestellt: Mit Hakenkreuz-Armbinde, die blutbefleckte Rechte zum Hitlergruß erhoben und einem Dokumentenkoffer mit einem Totenkopf darauf unter dem Arm (AFP, Peking, 29.5.79, nach: MD, 31.5.79).

Kang Sheng (1899-1975) gehörte zur alten Garde der chinesischen Kommunisten. Bereits 1924 trat er der Kommunistischen Partei Chinas bei und war zunächst in der Arbeiterbewegung tätig. Von 1933-1937 hielt sich Kang Sheng als Vertreter der KPCh bei der Komintern in Moskau auf, wo er sich mit dem sowjetischen Sicherheits- und Geheimdienstapparat vertraut machte. Kurz nach seiner Rückkehr nach Yan'an wurde Kang u.a. mit der Leitung der Organisationsabteilung beim Zentralkomitee der KPCh (zuzhibu) und des zentralen Sicherheitsorgans der Partei, der Abteilung für soziale Angelegenheiten (shehuibu), betraut. Nach der Gründung der Volksrepublik China übernahm Kang Sheng verschiedene hohe Partei- und Staatsämter. Einen großen Sprung in seiner politischen Karriere machte Kang im September 1962, als er auf der 10. Tagung des VIII. Zentralkomitees ins Sekretariat des Zentralkomitees der KPCh gewählt wurde. Zuvor hatte sich Kang bereits als strammer Anhänger des maoistischen Linkskurses profiliert: Unmittelbar nach dem Sturz Peng Dehuais auf dem 8. Plenum des VIII. Zentralkomitees (der sogenannten "Lushan-Konferenz") im September 1959 hatte Kang in dem Organ des Zentralkomitees, der Hongqi (Rote Fahne), einen Artikel veröffentlicht, in dem er die Angriffe der "Rechtsopportunisten" (damit war Peng Dehuai gemeint) auf die maoistische Politik des Großen Sprungs und der Volkskommunen auf der Lushan-Konferenz vehement verurteilte. Nachdem Kang im Januar 1965 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses gewählt worden war, wurde er zu Beginn der Kulturrevolution im Jahre 1966 zum "Berater" der maoistischen "Gruppe Kulturrevolution beim Zentralkomitee der KP Chinas" und zum Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros des Zentralkomitees der KPCh ernannt. Damit war Kang ins oberste Führungsgremium der Partei aufgerückt. Darüber hinaus wurde Kang Sheng mit der Leitung der "Gruppe Organisation und Propaganda beim Zentralkomitee der KP Chinas" (Zhongyang zuzhi xuanchuan zu) betraut. Auf dem X. Parteikongreß im August 1973 wurde Kang schließlich zum Dritten stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees der KP Chinas gewählt - eine Position, die er bis zu seinem Tode am 16. Dezember 1975 innehatte.

Mit der Entfernung der sterblichen Überreste Kang Shengs, für den nach seinem Tode noch drei Tage Staatstrauer angeordnet worden waren, aus dem Babaoshan-Friedhof für Revolutionäre dürfte der posthume politische Sturz des Kang Sheng allerdings

noch kein Ende gefunden haben: Die Hongkonger kommunistische Zeitschrift Dongxiang (Nr.8, 16.5.79, S.12) sagte voraus, daß Kang im Verlauf der zweiten Hälfte des Jahres 1979 auch noch namentlich kritisiert werden wird - ebenso wie der 1973 verstorbene frühere Sicherheitsminister Xie Fuzhe, dem zusammen mit Kang Sheng eine Unzahl kulturrevolutionärer Verbrechen zur Last gelegt werden. Die französische Nachrichtenagentur AFP meldete aus China, daß "für gewöhnlich gut informierte chinesische Quellen" übereinstimmend berichteten, Kang Sheng werde noch im Verlauf dieses Jahres im Rahmen einer offiziellen Kritikkampagne als Mitglied der "Viererbande" verdammt (AFP, Peking, 29.5.79, nach: SWB, 1.6.79). Die Witwe Kang Shengs, Zao Yiou, hat offensichtlich den posthumen Sturz ihres Gatten politisch nicht überlebt: Sie trat im März 1978 zum letzten Mal in der Öffentlichkeit in ihrer Position als Zentralkomitee-Mitglied auf.

- sch -

(28) Geteilte Provinzfürhungen?

Seit der Kulturrevolution befanden sich die höchsten Partei- und zivilen Ämter, nämlich die der Ersten KP-Sekretäre und Vorsitzenden der Revolutionskomitees im allgemeinen jeweils in nur einer Hand.

Erstmals wurde im Oktober 1978 in der Inneren Mongolei anders verfahren. Nachdem You Taizhong, der zuvor beide Ämter in Personalunion ausgeübt hatte, versetzt worden war, wurde Zhou Hui als 1. KP-Sekretär und Kong Fei als Vorsitzender des Revolutionskomitees eingesetzt. Im Januar 1979 wurde Ma Wenrui 1. KP-Sekretär der Provinz Shaanxi, seit Mai dieses Jahres befindet sich Yu Mingtao auf dem Posten des Vorsitzenden des Revolutionskomitees. Im April 1979 gab Tan Chulong, der bislang beide Spitzenämter bekleidet hatte, das des Vorsitzenden des Revolutionskomitees an Zhang Guosheng ab. Schließlich wurde am 1.6.79 Raidi als "Führer" des Revolutionskomitees Tibet genannt (eine zwar ungenaue Bezeichnung, weshalb auf eine Bestätigung zu warten ist), während Ren Rong auf dem obersten Parteiposten verblieb.

Diese Veränderungen scheinen auf eine neue Personalpolitik in den Spitzenpositionen der Provinzen hinzudeuten, nämlich auf die personelle Entflechtung vom obersten Partei- und Zivilamt. Da auch vor der Kulturrevolution beide Ämter meistens in getrennten Händen waren - was schließlich erst den getrennten Machtsäulen einen Sinn gibt! - wird auch hier jetzt offenbar an alte Traditionen angeknüpft, die überdies eine bessere Kontrolle gewährleisten.

- ba -

(29) Keine "Genossen" mehr?

Unlängst glossierte die "Renmin Ribao" eine Unsitte, die in China stark um sich zu greifen scheint, daß sich nämlich Parteimitglieder nicht mit "Genosse", sondern mit ihrem Titel anreden lassen. Diese "Macht der Gewohnheit", so heißt es, sei offenbar schwer auszurotten. Das dritte Plenum (Dezember 1978) habe sich mit der Frage befaßt und verfügt, innerhalb der Partei habe man sich mit "Genosse" anzureden, aber bis heute sei auf Versammlungen der Parteiorganisationen und im täglichen Kontakt die

Bezeichnung "Genosse" nur sehr selten zu hören. Dabei gehöre das Anreden mit "Genosse" zur guten Parteitradition, die jahrelang bestanden habe. Es sei von Vorteil für die engen Beziehungen zwischen oben und unten und verhindere die Entstehung bürokratischer Tendenzen unter den Führungskadern. Diese Moral verstünden viele Parteigenossen sehr wohl. Warum ließen sich trotzdem so viele Menschen mit ihrer Amtsbezeichnung anreden? Es sei ganz einfach so, daß viele Parteimitglieder in verantwortlichen Posten es gern hörten, wenn andere sie mit ihrem Titel anreden. Und die Untergebenen täten es, um ihren Vorgesetzten zu schmeicheln und sich Lob einzuholen. Niemand wage etwas gegen das Einreißen dieser Unsitte zu unternehmen. Das Rezept der "Renmin Ribao": Wenn man hört, daß jemand andere mit dem Titel anredet, solle man sie sofort zurechtweisen und kritisieren (RMRB, 22.5.79).

Das Anreden mit dem Titel unter Parteimitgliedern ist ein Zeichen für das Abflauen egalitärer Tendenzen seit dem Ende der Kulturrevolution. Es zeigt deutlich, daß trotz mehrfacher Versuche, den Bürokratismus zu bekämpfen, China seine bürokratische Tradition nur schwer überwinden kann.

- st -

(30) 1982: 1 Milliarde Chinesen - eine weitergehende Einschränkung der Bevölkerungswachstumsrate durch Geburtensenkung wird immer dringlicher

Zum ersten Mal seit über 25 Jahren haben Beamte der Volksrepublik China in Peking die offiziellen Schätzungen über den Stand der Bevölkerungszahl in der Volksrepublik China bekanntgegeben: Danach betrug die Bevölkerung Chinas einschließlich Taiwans (16 Mio.) im Jahre 1977 960 Millionen Menschen. Geht man von dem gegenwärtigen, offiziell mit jährlich 1,2% angegebenen Bevölkerungszuwachs aus, wird die Bevölkerung der Volksrepublik China im Jahre 1982 die Milliarden-Grenze überschritten haben (IHT, 15.5.79):

1977	944 Mio.
1978	955 Mio.
1979	966 Mio.
1980	978 Mio.
1981	989 Mio.
1982	1001 Mio.

Letztendlich den Aufschluß über die wirkliche Bevölkerungszahl der Volksrepublik China wird jedoch erst eine Bevölkerungszählung ergeben, die für 1980 vorbereitet wird. Den letzten Zensus hatte es in der VR China 1964 gegeben - Zahlen waren jedoch hierfür nicht veröffentlicht worden. Der erste und einzige Zensus, dessen Ergebnis veröffentlicht wurde, wurde im Jahre 1953 unternommen: Danach hatte es 1953 583 Millionen Menschen in der Volksrepublik China gegeben. Nimmt man die genannten offiziellen Zahlen für die Jahre 1953 und 1977, so ergibt sich für diesen Zeitraum ein durchschnittliches jährliches Bevölkerungswachstum von 2,58% (IHT, 15.5.79).

Einem in der Renmin Ribao (Volkszeitung) vom 15.5.79 veröffentlichten Artikel zufolge betrug der Bevölkerungszuwachs im traditionellen China (vor 1840) hingegen schätzungsweise nur 1%. Vom Beginn des Opium-Kriegs an gerechnet (ab 1840) lag die Zuwachsrate sogar bei nur 0,26%. Nach der kommuni-

stischen Machtübernahme im Jahre 1949 erhöhte sich das Bevölkerungswachstum drastisch und lag zeitweise bei jährlich 3,4%. Die Gründe hierfür waren zum einen die Verbesserung der Lebensverhältnisse des Volkes, zum zweiten die Verbesserung des Gesundheitswesens und die Popularisierung der Gesundheitsfürsorge und zum dritten eine völlig ungenügende Geburtenkontrolle. Diese bewirkten auf der einen Seite eine Senkung der Todesrate von 2,8% vor 1949 auf gegenwärtig zwischen 0,6% und 0,7% und auf der anderen Seite eine durchschnittliche Geburtenzuwachsrate von jährlich zwischen 3% und 4% im Zeitraum von 1949 bis zum Anfang der siebziger Jahre (Liu Zheng, Wu Cangping, "Renkou fei kongzhi boxing" (ohne Bevölkerungskontrolle geht es nicht), in: RMRB, 15.5.79).

Das enorme Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte stellt die Volksrepublik China vor erhebliche Probleme, die sich u.a. in einer hohen Arbeitslosigkeit bzw. verdeckten Arbeitslosigkeit, einem stagnierenden, teilweise sogar sinkenden Lebensstandard, einem niedrigen Bildungsniveau und einem geringen Wirtschaftswachstum ausdrücken. Vor allem in der Landwirtschaft sind die Probleme schier unlösbar: Seit den fünfziger Jahren hat sich dort die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte von 200 Mio. auf heute 300 Mio., d.h. um 50%, erhöht, während im gleichen Zeitraum zum einen die landwirtschaftliche Anbaufläche sich von 106,7 Mio.ha auf 100 Mio.ha, d.h. um 6,25%, verringerte und zum anderen die Zahl der erforderlichen (nicht der tatsächlich eingesetzten!) landwirtschaftlichen Arbeitskräfte absolut zurückging (ebenda). Im Klartext bedeutet dies eine schon katastrophal zu benennende Unterbeschäftigung bzw. verdeckte Arbeitslosigkeit in der chinesischen Landwirtschaft.

Legt man die obengenannten Zahlen zugrunde, so hat sich die landwirtschaftliche Anbaufläche pro Person der Bevölkerung von 0,2 ha auf 0,1 ha (Japan: 0,05 ha) seit den fünfziger Jahren verringert. Auf jede landwirtschaftliche Arbeitskraft in der Volksrepublik China kommen demnach gegenwärtig durchschnittlich nur 0,33 ha (Japan: 0,87 ha). Dem genannten Artikel zufolge wird eine landwirtschaftliche Arbeitskraft in der Volksrepublik China in diesem Jahr durchschnittlich 1 t Getreide produzieren, d.h. die Getreideproduktion dieses Jahres wird bei 300 Mio.t liegen. Doch obwohl es also seit 1949 beträchtliche Steigerungen der Getreideerträge gegeben hat, ist der größte Teil davon durch das Bevölkerungswachstum kompensiert worden (ebenda). Radio Peking berichtete sogar, daß die gegenwärtigen Reiserationen niedriger seien als die des Jahres 1957 (nach: IHT, 5.5.79). Bei anderen landwirtschaftlichen Produkten, wie z.B. bei Baumwolle und Speiseöl, haben die Produktionssteigerungen sogar noch nicht einmal mit dem Bevölkerungswachstum mithalten können (RMRB, 15.5.79). Diese Verknappung lebensnotwendiger Güter, vor allem seit Beginn der Kulturrevolution (1966), hat nach Angaben der kommunistischen Hongkonger Zeitschrift Zhengming (Nr.19, 1.5.79, S.11) dazu geführt, daß gegenwärtig 200 Millionen Bauern jährlich mit weniger als 150 kg Getreide auskommen müssen und damit am Rande des Existenzminimums leben und Hunger leiden (!). Früheren Angaben der gleichen Zeitschrift zufolge liegt derzeit der bäuerliche Lebensstandard in einigen Kreisen der Lößhochebene im Nordwesten Chinas sogar unter dem Niveau des Lebensstandards während des Chinesisch-Japanischen Kriegs von 1937-1945 (Zhengming, Nr.17,

1.3.79, S.44). Angesichts einer derartigen materiellen Verschlechterung der Lebensbedingungen in den letzten Jahren und der Tatsache, daß gegenwärtig Jahr für Jahr 10 Millionen Jugendliche ins arbeitsfähige Alter kommen, und damit "der Anstieg der Arbeitskräfte bereits über den Erfordernissen der Entwicklung der Volkswirtschaft liegt" (ebenda; allein in Peking gibt es derzeit 400.000 jugendliche Arbeitslose, nach: SZ, 21.5.79, - das sind ca. 4% der Bevölkerung der chinesischen Hauptstadt!), ist es mehr als verständlich, daß die chinesischen Behörden mit aller Schärfe auf eine verstärkte Geburtenkontrolle bzw. Geburtenenkung drängen.

Die Renmin Ribao vom 15.5.79 führte denn auch folgende Vorteile auf, die sich aus der Einschränkung des Bevölkerungswachstums durch Geburtenkontrolle ergeben:

1. Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Abbau von realer und verdeckter Arbeitslosigkeit.
2. Senkung der Sozialkosten und erhöhte Akkumulation von Kapital zur Verwirklichung der "Vier Modernisierungen".
3. Bessere Allgemeinbildung der Bevölkerung und schnellere Steigerung des wissenschaftlichen und technischen Standards.
4. Verbesserung des materiellen, sozialen und kulturellen Lebensstandards der Bevölkerung (in diesem Zusammenhang gestehen die Autoren des genannten Artikels in bemerkenswerter Offenheit ein, daß das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der Volksrepublik China zu den niedrigsten auf der Welt zähle - ebenso wie das Konsumtionsniveau für viele grundlegende lebensnotwendige Güter. Darüber hinaus sei die Mittelschulbildung noch nicht überall popularisiert, und nur 1% eines Bevölkerungsjahrgangs erhielten eine Hochschulbildung - auch hier stünde China mit am Ende der betreffenden Weltkala.)

Kurzfristiges Ziel des vor einigen Monaten in Peking eingerichteten Zentralen Büros für Geburtenkontrolle ist es, die Wachstumsrate der chinesischen Bevölkerung bis 1980 auf unter 1% zu senken. Dieses Ziel ist bereits in einigen Großstädten und Provinzen erreicht worden, doch auf nationaler Ebene liegt der Bevölkerungszuwachs gegenwärtig noch bei 1,2% (IHT, 15.5.79; C.a., Januar 1979 (Jahrg. 1978), S.15-16, Ü 27; C.a., Januar 1979, S.861, Ü 21 und C.a., März 1979, Ü 20). Mittelfristiges Ziel der chinesischen Behörden ist die Senkung der jährlichen Bevölkerungswachstumsrate auf unter 0,5% durch Popularisierung der Spätheirat und der Ein-Kind-Familie (RMRB, 16.5.79). Den Geburtenplanern im Kreis Rudong der Provinz Jiangsu ist dies als ersten bereits im Jahre 1976 gelungen: Durch Spätheirat und Empfängnisverhütung sank die Wachstumsrate der dortigen Bevölkerung von 2,78% vor 1970 auf 1,73% im Jahre 1970 und schließlich auf 0,33% im Jahre 1976 (ebenda).

Die Maßnahmen für eine Senkung des Geburtenwachstums beschränken sich nicht auf Aufklärungs- und Erziehungsprogramme über Familienplanung und die Einräumung erheblicher materieller und sozialer Vorteile für sogenannte Ein-Kind-Familien (s. C.a., Januar 1979, S.15-16, Ü 27; C.a., März 1979, Ü 20), sondern sie umfassen auch ein engmaschiges System der "Geburtsrechts-Zuteilung" und erhebliche Strafmaßnahmen gegen Familien mit mehr als zwei Kindern. Die Existenz eines Systems, das man als "Geburtsrechts-Zuteilung" bezeichnen könnte, ist offiziell zum ersten Mal für die regierungsunmittel-

bare Stadt Schanghai enthüllt worden (FAZ, 27.5.79): Danach muß jede Frau die Erlaubnis für eine Schwangerschaft bei der "Einheit" (danwei), in der sie arbeitet bzw. wohnt (Fabrik, landwirtschaftliche Produktionsgruppe oder Straßenkomitee), einholen (jede gesellschaftliche "Einheit" erhält von den staatlichen Stellen für Geburtenplanung jährlich eine Geburtenquote zugeteilt, die sie strikt einzuhalten hat). Hält sich eine Familie im Falle eines ablehnenden Bescheids nicht an die offizielle Entscheidung, muß sie mit materiellen und sozialen Weiterungen rechnen. Dieses System der "Geburtsrechts-Zuteilung" wurde teilweise bereits 1974/75 in Peking praktiziert: So fanden in den kollektiven Hausfrauen-Fabriken der Straßenkomitees alljährlich Versammlungen statt, auf denen die betreffende Geburtenquote bekanntgegeben und entschieden wurde, welche der Frauen in dem betreffenden Jahr ein Kind bekommen durften (eigene Felderfahrung). Dieses strikte System der Geburtenplanung, das bisher in Schanghai durchgängig angewendet wurde, und mit dem die dortige Bevölkerungswachstumsrate 1978 auf 0,507% gesenkt werden konnte, soll nach dem Willen des Pekinger Zentralen Büros für Geburtenkontrolle nun auch in anderen Provinzen eingeführt werden (FAZ, 27.5.79).

Mit ganz erheblichen materiellen und sozialen Weiterungen müssen im Rahmen der Geburtenkontrolle Eltern rechnen, die mehr als zwei Kinder in die Welt setzen. Während ein zweites Kind von den Geburtenplanern gerade noch ungestraft geduldet wird, läßt die Geburt eines dritten Sprößlings Chinas Familienplaner empfindliche Strafregister ziehen: In Anhui, einer der ärmsten Provinzen Chinas, wird in einem solchen Fall das gesamte Familieneinkommen mit einer Wohlfahrtssteuer von 5% belegt. Bei Geburt eines vierten Kindes erhöht sich diese Steuer auf 6% und beim fünften Kind sogar auf 7%. Die so eingezogenen Steuerbeiträge fließen in einen Wohlfahrtsfonds, aus dem die Altersversorgung gerade auch für diejenigen finanziert wird, die sich mit einem Kind begnügen. Diese Maßnahme ist vor allem für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung von Bedeutung, als es für sie nach wie vor keine geregelte Altersversorgung gibt, und arbeitsunfähige Eltern hauptsächlich auf die Unterstützung von seiten ihrer Kinder angewiesen sind. Eine weitere Strafmaßnahme für Eltern mit mehr als zwei Kindern besteht in der Provinz Anhui darin, daß die Eltern für das dritte Kind und alle weiteren Kinder außer für Reis und Baumwolle keine Bezugsscheine für Speiseöl, Zucker, Fleisch, Industriegüter (z.B. Uhren, Fahrräder, Radios, Felle, Töpfe usw.) und andere rationierte Lebensmittel und Konsumgüter erhalten. Darüber hinaus erhält die Familie im Falle finanzieller Schwierigkeiten keine Unterstützung. Schließlich erhalten Familien mit drei und mehr Kindern in den Städten keinen zusätzlichen Wohnraum und in der Landwirtschaft keinen größeren Privatland-Anteil (Radio Anhui, nach: IHT, 5.5.79).

Diese rigorosen Maßnahmen zur Senkung der Geburtenwachstumsrate und damit der Bevölkerungswachstumsrate mögen in westlichen Augen sehr hart sein und sind es ohne Zweifel auch, insofern sie auch in den intimsten Bereich der chinesischen Familie maßregelnd eingreifen; aufgrund der zuvor skizzierten, kaum zu bewältigenden Bevölkerungs-, Ernährungs- und Arbeitsprobleme sind sie jedoch verständlich und, wie es scheint, unumgebar, um eine gesicherte Ernährungslage der chinesischen Bevölkerung zu erreichen und langfristig ihren Lebensstan-

dard zu erhöhen.

Von derartigen Strafmaßnahmen ausgeschlossen sind selbstverständlich Eltern, die statt mit dem erwarteten Einzelkind oder dem gerade noch erlaubten zweiten Sprößling durch die Geburt von Zwillingen, Drillingen oder gar Vierlingen überrascht werden: So erhalten die Eltern von eineiigen Vierlingen, die vor eineinhalb Jahren in Xinjiang zur Welt kamen, monatlich eine zusätzliche Unterstützung von 70 yuan (dies entspricht fast einem eineinhalbfachen durchschnittlichen Monatslohn eines chinesischen Industriearbeiters!) (XNA, 19.5.79). Wer in der Volksrepublik China also in Zukunft ohne materielle und soziale Einbußen kinderreich leben möchte, kann da nur auf Mutter Naturs Mehrlings-Segen hoffen. Da es mit dem bekanntlich rar bestellt ist, dürfte die traditionelle chinesische Großfamilie mit den nun eingeleiteten Maßnahmen wohl endgültig der Vergangenheit angehören.

- sch -

(31) 1. Tagung des V. Komitees des Nationalen Jugendverbands Chinas

Die 1. Tagung des V. Komitees des Nationalen Jugendverbands Chinas (Zhonghua quanguo qingnian lianhehui) wurde vom 3.-9. Mai 1979 in Peking abgehalten (Beijing Ribao, 4.5.79 und 10.5.79; XNA, 4.5.79 und 9.5.79). Damit hat der Nationale Jugendverband Chinas nach einer durch die Kulturrevolution und ihre Nachwirkungen bedingten 14jährigen Pause seine Aktivitäten wiederaufgenommen. Zuvor waren bereits auf Provinzebene die Organe des Nationalen Jugendverbands wiedereingerichtet worden, zuletzt in der Provinz Jilin und in der regierungsunmittelbaren Stadt Schanghai (Radio Jilin vom 27.4.79 und Radio Schanghai vom 24.4.79, nach: SWB, 4.5.79).

Der Nationale Jugendverband Chinas ist der Dachverband der Jugendorganisationen in der Volksrepublik China. Derzeitig gehören ihm folgende Verbände an:

1. Der Kommunistische Jugendverband Chinas (Zhongguo gongchanzhuyi qingnian tuan),
2. der Nationale Studentenverband Chinas (Zhonghua quanguo xuesheng lianhehui),
3. der Nationale Verband der Christlichen Vereine Junger Männer Chinas (Zhonghua jidujiao qingnianhui quanguo xiehui),
4. der Nationale Verband der Christlichen Vereine Junger Frauen Chinas (Zhonghua jidujiao nüqingnian quanguo xiehui) und
5. die Jugendverbände und -organisationen in den Provinzen, regierungsunmittelbaren Städten und Autonomen Gebieten (Beijing Ribao, 10.5.79).

Der Nationale Jugendverband wurde als Einheitsfront-Organisation der chinesischen Jugend auf dem Nationalen Jugendkongreß im Mai 1949 gegründet. Damals lautete sein Name noch "Nationaler Demokratischer Jugendverband Chinas" (Zhonghua quanguo minzhu qingnian lianzonghui; ab Juni 1953: Zhonghua quanguo minzhu qingnian lianhehui). Erst im April 1958 erhielt er die heutige Bezeichnung. Zu Beginn der Kulturrevolution im Jahre 1966 war der Nationale Jugendverband Chinas praktisch aufgelöst worden.

Auf der 1. Tagung des V. Komitees des Nationalen Jugendverbandes Chinas Anfang Mai 1979, an der über 460 Delegierte teilnahmen, wurde der Arbeits-

bericht des Komiteevorsitzenden Hu Qili angenommen, eine neue Satzung verabschiedet und der Ständige Ausschuß mit seinem Vorsitzenden gewählt. In seinem Arbeitsbericht forderte Hu Qili die chinesische Jugend auf, an den "Vier grundlegenden Prinzipien" (s. C.a., April 1979, Ü 19) festzuhalten, jedoch weiterhin mit der "Befreiung des Denkens" (d.h. von maoistischen Dogmen, Anm. d. Verf.) fortzufahren. Die Probleme, die in jüngster Zeit unter der chinesischen Jugend aufgetreten waren (Unruhen, überzogene Forderungen nach Demokratie u.ä.), bezeichnete Hu Qili als entwicklungsbedingt - sie dürften keineswegs als Haupttrend unter den Jugendlichen angesehen werden; sie bedürften zwar der Aufmerksamkeit, könnten aber durch ideologisch-politische Erziehung gelöst werden (Beijing Ribao, 4.5.79; XNA, 4.5.79).

Die Verwirklichung der "Vier Modernisierungen" stellte Hu Qili in seinem Arbeitsbericht als die Hauptaufgabe der chinesischen Jugend heraus. Als Einheitsfront-Organisation ist es damit die Hauptaufgabe des Nationalen Jugendverbandes, die chinesische Jugend zur Erreichung dieses Zieles auf möglichst breiter Basis zu mobilisieren und zusammenschließen. Hu nannte u.a. folgende Maßnahmen, um eine breitestmögliche Mobilisierung und Organisation der chinesischen Jugend zu erreichen:

- Verbesserung der Beziehungen zwischen den einzelnen Jugendverbänden und den Jugendlichen.
- Respektierung der Traditionen, Sitten und Gebräuche der nationalen Minderheiten bei der Jugendarbeit und Organisation der Jugendlichen nationaler Minderheiten aus allen Kreisen der Bevölkerung.
- Einschätzung und Behandlung von Jugendlichen nach ihrem Verhalten und nicht - wie früher - nach ihrer Klassenherkunft oder ihrem familiären politischen Hintergrund.
- Organisation und Schutz der Interessen zurückgekehrter jugendlicher Überseechinesen und Berücksichtigung ihrer Meinungen und Forderungen.
- Respektierung der Religionsfreiheit für eine Anzahl von jungen Menschen, insbesondere unter den nationalen Minderheiten (hier dürften hauptsächlich die über zehn Millionen Gläubige zählenden chinesischen Moslems angesprochen sein).
- Entwicklung der Verbindungen zu Jugendlichen auf Taiwan (Beijing Ribao, 4.5.79; XNA, 4.5.79).

Laut seiner Satzung steht der Nationale Jugendverband Chinas "unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas", während die Jugendorganisation der KPCh, der Kommunistische Jugendverband Chinas, die "zentrale Kraft" (hexin liliang) des Nationalen Jugendverbandes bildet (Beijing Ribao, 10.5.79). Diese doppelte Einbindung in den kommunistischen Parteiapparat weist den nach über einem Jahrzehnt Nicht-Existenz reetablierten Nationalen Jugendverband eindeutig als typisch stalinistischen "Transmissionsriemen" der KP aus. So verwundert es denn auch nicht, daß der neugewählte Vorsitzende des Nationalen Jugendverbands, Hu Qili, gleichzeitig Sekretär des Kommunistischen Jugendverbands ist (XNA, 9.5.79). Der Einheitsfront-Charakter des Nationalen Jugendverbandes, der u.a. in Art. 2 seiner Satzung angesprochen wird, wurde besonders von Ulanhu, dem Leiter der unlängst rehabilitierten (XNA, 6.3.79) Einheitsfront-Abteilung des Zentralkomitees der KPCh, in seiner Rede vor der Tagung am 7.5.79 betont: Als "revolutionärer Einheitsfront-Organisation der Jugend aller Nationalitäten" sei sie ein "wichtiger Teil der

(Nationalen) Einheitsfront, die von der chinesischen Arbeiterklasse (sprich: seiner selbsternannten Avantgarde, der KPCh) geführt wird" (Xinhua, chin., 7.5.79, nach: SWB, 11.5.79). In der Tat muß die Reetablierung des Nationalen Jugendverbandes Chinas und die Wiederaufnahme seiner Aktivitäten im Zusammenhang mit der wiederbelebten Einheitsfront-Politik der KP Chinas gesehen werden, in deren Rahmen u.a. die Rehabilitierung der Nationalen Bourgeoisie, der Grundherren, Großbauern, Reaktionäre, Konterrevolutionäre und "Rechten" fällt, und die zum Ziel hat, breitestmögliche Teile der Bevölkerung (vor allem anti-linke Kräfte) für die Unterstützung des gegenwärtigen politischen Kurses zu gewinnen. Darüber hinaus stellen die Reetablierung des Nationalen Jugendverbandes und die Wiederaufnahme der Aktivitäten des Nationalen Studentenverbands (s. die Übersicht "19. Kongreß des Nationalen Studentenverbands Chinas" in diesem Heft) nach dem im Jahre 1978 abgeschlossenen Wiederaufbau des Kommunistischen Jugendverbandes weitere Maßnahmen der KPCh dar, Chinas unruhig gewordene Jugend in einen organisatorischen Rahmen zu bringen und darin zu binden, um diesen bedeutenden sozialen Unruhefaktor langfristig zu entschärfen.

- sch -

(32) 19. Kongreß des Nationalen Studentenverbands Chinas

Am Vorabend des 60. Jahrestages der 4. Mai-Bewegung wurde in Peking der 19. Kongreß des Nationalen Studentenverbands Chinas eröffnet. Der historische Ursprung des Nationalen Studentenverbands liegt - im Gegensatz zum Nationalen Jugendverband Chinas, dessen V. Komitee zur gleichen Zeit tagte (s. Übersicht "1. Tagung des V. Komitees des Nationalen Jugendverbands Chinas" in diesem Heft) - tatsächlich in der 4.-Mai-Bewegung im Jahre 1919, während der studentische Organisationen an allen Hochschulen des Landes aus dem Boden schossen. Diese schlossen sich dann im Juni 1919 zum "Studentenverband der Republik China" (Zhonghua minguo xuesheng lianhe zonghui) zusammen, der sich auf seinem 14. Kongreß im März 1949 in "Nationaler Studentenverband Chinas" (Zhonghua quanguo xuesheng lianhehui) umbenannte und seitdem als sogenannte "Massenorganisation" die Politik der KP Chinas gegenüber der Studentenschaft zu propagieren und durchzusetzen hatte. Der letzte Kongreß des Nationalen Jugendverbandes hatte im Januar 1965 stattgefunden. Während der Kulturrevolution wie auch in den Jahren danach, d.h. bis zu Maos Tod und zum Sturz der "Viererbande", ruhte die Arbeit des Studentenverbandes vollständig.

Auf dem 19. Kongreß des Nationalen Studentenverbands, der vom 3.-9. Mai 1979 andauerte, waren 392 Delegierte vertreten, die u.a. das 19. Komitee des Verbandes wählten und Abänderungen der Satzung beschlossen. Nach der neuen Satzung (s. Beijing Ribao, 10.5.79) ist der Nationale Studentenverband die Dachorganisation der Studentenschaften an den chinesischen Hochschulen, deren Aufgabe es u.a. ist, sich bei ihren Aktivitäten der Führung durch die KPCh unterzuordnen, d.h. als Transmissionsriemen der Partei die Politik der KPCh unter den Studentenschaften zu popularisieren und durchzusetzen. Nach der Satzung und dem Arbeitsbericht des Vorsitzenden des Studentenverbands, Wu Shaozu, zu urteilen, liegt

die gegenwärtige Hauptaufgabe des Verbandes darin, die Studentenschaften und ihre Mitglieder zur Verwirklichung der "Vier Modernisierungen" in Form größerer wissenschaftlicher Leistungen anzuhalten. Dafür - so Wu Shaozu - sei es jedoch auch notwendig, unter den Studenten eine demokratische Atmosphäre zu schaffen, in der sie es wagten, Fragen zu stellen, ihre Meinung zu äußern, lebendige Diskussionen zu führen und die Wahrheit zu suchen. All dies habe sich aber im Rahmen der "Vier grundlegenden Prinzipien" zu bewegen, so daß es für die Studenten auch notwendig sei, die korrekte Ausübung ihrer demokratischen Rechte zu lernen (Beijing Ribao, 4.5.79; XNA, 4.5.79).

Die einzelnen Studentenschaften sind gemäß der neuen Satzung des Nationalen Studentenverbands gleich zweifach an die Kommunistische Parteiorganisation gebunden: Erstens stehen sie unter der Führung durch die Parteizelle der betreffenden Hochschule und zweitens müssen sie sich auf die Hilfe durch die betreffende Organisation des Kommunistischen Jugendverbandes stützen. Ihre Aufgaben liegen u.a. in der Organisierung wissenschaftlicher, kultureller, politischer, sportlicher und anderer Aktivitäten der Studenten, in der Berücksichtigung und Vertretung unmittelbarer studentischer Interessen, in der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Lehrenden und Lernenden und in der Hilfe gegenüber der Schulleitung, eine gute Lehrordnung und günstige Studien- und Lebensbedingungen zu schaffen (Beijing Ribao, 10.5.79; vgl. Radio Peking, 6.5.79, nach: SWB, 11.5.79).

Dem neugewählten 19. Komitee des Nationalen Studentenverbands Chinas gehören die Studentenschaften von 59 Hochschulen bzw. deren Delegierte (je Hochschule ein Delegierter) an. Den Vorsitz des Komitees führt der Studentenverband der Qinghua-Universität in Peking bzw. deren Delegierter Wu Shaozu (XNA, 9.5.79; Xinhua, chin., 10.5.79, nach: SWB, 17.5.79). Gegenwärtig gibt es in der Volksrepublik China 460 Hochschulen, an denen im letzten Jahr 850.000 Studenten studierten (BRu, Nr.22, 5.6.79, S.6; C.a., September 1978, Ü 21).

- sch -

(33) YMCA und YWCA nun auch in der Volksrepublik China

Anlässlich der Wiederaufnahme der Aktivitäten des Nationalen Jugendverbands Chinas wurde bekannt, daß in der Volksrepublik China sowohl ein nationaler Verband der Christlichen Vereine Junger Männer (Zhonghua jidujiao qingnianhui quanguo xiehui) als auch ein nationaler Verband der Christlichen Vereine Junger Frauen (Zhonghua jidujiao nüqingnian quanguo xiehui) existiert. Beide nationalen Organisationen sind Mitglied des Nationalen Jugendverbands, der Dachorganisation der Jugendverbände in der VR China (Beijing Ribao, 10.5.79). Bisher war die Existenz von Christlichen Vereinen Junger Männer bzw. Frauen in der Volksrepublik China im Ausland nicht bekannt. So gehören die beiden nationalen Verbände des YMCA und des YWCA in der Volksrepublik China denn auch nicht der jeweiligen internationalen Dachorganisation, d.h. dem Christlichen Weltbund Männlicher Jugend bzw. dem Christlichen Weltbund Weiblicher Jugend, mit Sitz in Genf, an. Dort sind lediglich die taiwanesischen YMCA und YWCA vertreten.

Die ersten örtlichen Christlichen Vereine Junger Männer waren in China auf Initiative amerikanischer Missionare bereits im Jahre 1885 entstanden. Schon fünf Jahre später, im Jahre 1890, erfolgte - ebenfalls mit Hilfe amerikanischer Missionare - die Gründung der ersten Ortsverbände des YWCA auf chinesischem Boden. Der YMCA und der YWCA erwarben sich vor 1949 in China vor allem Verdienste sowohl um die religiöse und ethisch-moralische Erziehung als auch um die allgemeine Schul- und die berufliche Ausbildung junger Chinesen. Die Wiederzulassung der Christlichen Vereine Junger Männer und der Christlichen Vereine Junger Frauen steht in direktem Zusammenhang sowohl mit der wiederbelebten Einheitsfront-Politik der chinesischen Führung als auch mit den Versuchen, die unruhige Jugend des Landes sozial zu befrieden. Darüber hinaus könnte es das Ziel der chinesischen Partei- und Staatsführung sein, nach einer eventuellen Aufnahme der eigenen nationalen Verbände des YMCA und des YWCA in die jeweilige internationale Dachorganisation großzügige Hilfe für Erziehungsprojekte aus Genf zu erhalten. In einem vergleichbaren Fall, der möglichen Wiederzulassung des Jesuitenordens in China, und - damit verbunden - der Wiedereröffnung der katholischen Aurora-Universität in Schanghai als französischsprachige Hochschule mit jesuitischer Hilfe, stehen die Chinesen schon in konkreten Verhandlungen (s. C.a., März 1979, Ü 18).

- sch -

(34) Gründung einer Anwaltskammer der Stadt Peking und Vorlesungen über Recht

Anfang Mai wurde in der chinesischen Hauptstadt die Anwaltskammer der Stadt Peking gegründet. Ihr Leiter ist der Dekan der juristischen Fakultät der Peking-Universität und Mitglied des Komitees für Rechtsordnung beim Ständigen Ausschuss des NVK, Professor Chen Shouyi.

Der Kammer unterstehen drei (möglicherweise künftig sogar vier) Rechtsberatungsstellen mit über hundert haupt- und nebenamtlichen Anwälten, von denen die meisten bereits vor 1956 ausgebildet wurden.

Wichtigste Aufgabe der Anwaltskammer ist es, die Arbeit der Rechtsberatungsstellen zu leiten, juristische Anfragen zu beantworten, Schriftsätze abzufassen, Verteidiger für Strafprozesse und Vertreter für Zivilprozesse abzustellen und Rechtshilfe in See-Arbitrage- und Außenhandelsangelegenheiten zu leisten.

Bereits 1956 war eine Vorbereitungskommission für die Schaffung einer Anwaltskammer in Peking gebildet worden. Auch waren damals aufgrund der vom Justizministerium erlassenen "Anwaltsvorschriften" in Peking bereits "Vorläufige Vorschriften der Anwaltskammer der Stadt Peking" ausgearbeitet und der Aufgabenbereich der Anwälte festgelegt worden.

All diese Ansätze gingen während der Kulturrevolution verloren (XNA, 13.5.79).

Art. 41, Abs. 3 der Verfassung von 1978 bestimmt, daß "der Angeklagte das Recht auf Verteidigung hat". Diese Bestimmung gab den Ausschlag für die Neukonstituierung der Anwaltskammer.

Nicht nur die Verteidiger, sondern auch die Volksanwaltsorganisation soll wiederaufgebaut und konsolidiert werden. Zu diesem Zweck fanden Anfang Mai in den beiden nordöstlichen Provinzen Jilin und Liaoning Konferenzen über die Arbeit der Volks-

anwaltschaften statt (Radio Jilin in SWB, 18.5.79 und Radio Liaoning in SWB, 18.5.79).

In den Monaten April und Mai brachte Radio Peking zum Zwecke der weiteren Weckung des allgemeinen Rechtsbewußtseins mehrere Vorlesungen über das "sozialistische Rechtssystem". Die Sendereihe war von einem Angehörigen des Rechtsforschungsinstituts der Chinesischen Akademie der Wissenschaften verfaßt worden. Sie gliederte sich in drei Teile:

Teil 1: Das Recht unterstützt die Diktatur des Proletariats.

Teil 2: Das Recht garantiert die öffentliche Sicherheit.

Teil 3: Das sozialistische Rechtssystem schützt die demokratischen Rechte des Volkes.

In einer weiteren Vorlesung war vom Dienst des Rechtssystems am Wirtschaftsaufbau die Rede. Folgende Funktionen des Rechts wurden hierbei hervorgehoben:

- Zerstörung und Umänderung des alten Wirtschaftssystems in unserem Land.
 - Schutz des sozialistischen öffentlichen Eigentums.
 - Schutz der persönlichen Habe des Bürgers.
 - Stabilisierung des sozialistischen Verteilungsmechanismus.
 - Sicherstellung einer planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft.
 - Stärkung des Betriebsmanagements und Festigung der Disziplin etc. (SWB, 11.5.79).
- we -

(35) Untergrundsender in China?

Am 20. und 23. April meldete sich auf Hochchinesisch ein Radiosender, der sich "1. August" (bayi) nannte, und der die gegenwärtige Führung, vor allem die Politik Deng Xiaopings, angriff. Deng habe zwar immer wieder von demokratischen Freiheiten gesprochen, nach seiner Rückkehr aus den USA sei er aber schnell wieder zur alten Politik der Kontrolle und Repression zurückgekehrt. Warum dies alles so passiert? Der wichtigste Grund dafür sei der schädliche Einfluß des Feudalismus und des patriarchalischen Denkens. Schon in der kaiserlichen Vergangenheit seien zahllose unschuldige Beamte und Intellektuelle verfolgt worden. Das gleiche sei auch in der Volksrepublik geschehen, und zwar mit Personen wie Gao Gang, Liu Shaoqi, Peng Dehuai, He Long, Chen Yi, Tao Zhu und einigen Tausend ungenannten Kadern und gebildeten Jugendlichen.

Anzukreiden sei dem Regime auch der Krieg gegen Vietnam, die Zusammenarbeit mit den US-Imperialisten und die Formulierung "skrupelloser" ökonomischer Ziele (wiedergegeben in SWB, 2.5.79). Die Bezeichnung "1. August" assoziiert auf den ersten Blick einen Zusammenhang mit der Volksbefreiungsarmee. Die VBA wurde offiziell am 1. August 1927 gegründet. Der 1. August wird auch jedes Jahr als Armeetag begangen.

Andererseits ist es nicht abwegig, anzunehmen, daß die Sowjetunion hinter dem Sender steht. Zumindest entspricht die Argumentationsweise ganz der sowjetischen Propaganda.

- we -